



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

∴ Deutsche Volksgemeinschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 25. Juni 1921

Eine Nation kann nur ertragen, was
aus ihrem Kern, aus ihrem eigenen
Bedürfnis hervorgegangen ist.
Goethe.

Deutsche Volksgemeinschaft

Von * * *



Der Reichskanzler Birth und seine Ministerkollegen scheinen bei den Regierungen der Entente doch nicht so beliebt zu sein, wie sie uns glauben machen wollten. Es hagelt nach wie vor Expreßernoten und deutsche Vorstellungen bleiben unbeantwortet, während man doch annehmen mußte, daß unsere Feinde Männern gegenüber, denen sie wohlgesinnt sind, etwas mehr Takt und Höflichkeit an den Tag legen würden. Dagegen scheint der General Höfer, eine einfache, schlichte Soldatennatur mit deutschem Willen und deutschem Empfinden, sich der Entente gegenüber eine achtunggebietende Stellung errungen zu haben. Mit ihm verhandelt man, genau wie man mit dem alten kaiserlichen Deutschland nach Abschluß des Waffenstillstandes verhandelt hätte. Es zeigt sich eben, daß man überall in der Welt, sei es Feind oder Freund, doch Bekennermut und nationales Selbstgefühl höher einschätzt als unterwürfiges Gehorchen und Ducken. Unser heutiges Regierungsvorgehen erinnert an die in Offizierskreisen des alten Heeres für gewisse Persönlichkeiten übliche Bezeichnung „militärischer Radfahrer“. Man verstand darunter solche Borgefetzte, die nach oben den Rücken krumm machen und nach unten mit den Füßen treten. Oben ist in diesem Falle die Entente, unten das national denkende und fühlende Volk. Wie weit man mit diesem System des „militärischen Radfahrers“ kommt, zeigt der Besuch Rathenau's in Wiesbaden. Während dieser, ursprünglich zu den „Rein“'igern gehörend, sich jetzt zu der Ansicht bekennt, daß man die Forderungen des Ultimatums nicht nur erfüllen müsse, sondern auch könne, und während die deutsche Presse gewisser Richtungen das Ergebnis seiner Unterredungen mit Douhaeur als günstig bezeichnet, läßt letzterer in etwas verschleierte Form durch die französische Presse verbreiten, daß mit

Grenzboten II 1921

18

Rathenau schwer zu verhandeln sei, da er immer wieder geneigt sei, das europäische Wirtschaftsproblem in den Mittelpunkt der Erörterungen zu stellen, anstatt zu bedenken, daß es sich doch zunächst einmal um Deutschland und Frankreich handele. Zudem scheint dieser unmittelbare Verkehr Rathenau-Voucheur im jetzigen Augenblicke nicht gerade wohlthuend auf Englands Haltung in der oberschlesischen Frage gewirkt zu haben.

Mit dem Auftreten Rathenaus in Wiesbaden ist eigentlich die ganze Denkart der in maßgebenden Kreisen herrschenden Männer gekennzeichnet. Vor einigen Monaten stand einmal in den „Grenzboten“ zu lesen, daß es eine zum mindesten irrthümliche Auffassung sei, wenn man die wirtschaftlichen Fragen so sehr in den Vordergrund stellt. Es wurde da der Vergleich gezogen mit einem Hausbau auf morastigem Untergrund. Dort beginnt man mit dem Bau erst dann, wenn man in den faulen Boden Pfähle oder Betonblöcke eingesetzt hat. Das deutsche Volk lebt zurzeit immer noch auf einem Sumpf, und bevor dieser nicht entwässert und durch Schaffung eines festen Grundes haltbar gemacht ist, ist jeder Versuch des Aufbaues einer lohnenden und Früchte tragenden Wirtschaft hinfällig. Der feste Grund, den wir brauchen, ist eine nationale Geschlossenheit, eine Volksgemeinschaft im weitesten Sinne. Engländer und Franzosen lassen mit vollem Bewußtsein Wirtschaft Wirtschaft sein und schaffen zunächst ein Fundament. Sie wollen Macht und wissen, daß, wer erst einmal über Macht gebietet, auf dieser Macht seine Wirtschaft aufbauen und die in der Vorbereitungszeit erlittenen materiellen Verluste sehr schnell wieder wett machen kann.

Macht ist durchaus nicht gleichbedeutend mit 500 000 Soldaten; Macht ist zunächst einmal Wille. Und daß der Wille Berge versetzt, hat uns Höfer in Oberschlesien, haben uns die Deutschen in Südwestafrika erst kürzlich gezeigt. Nachdem man sich dort weder mit Lewis, dem Vertreter des unionistischen Unterrichtsministers, noch mit Hofmeyer, dem Administrator und Gouverneur, in der Schulfrage einigen konnte, schritt man zur Tat. Dem Verlangen der Kapregierung, in den Schulen von einer bestimmten Stufe an die deutsche Muttersprache als Unterrichtssprache verschwinden zu lassen und als Fremdsprache zu bezeichnen, begegnete der Deutsche Landeserschulverband mit dem einstimmigen Beschluß, dann eben auf die Regierungsschulen zu verzichten, und die deutschen Schulen wie bisher als Privatschulen weiterzuführen. Das erfordert von den zurzeit recht schlecht gestellten Deutschen in Südwestafrika, wie in einem der nächsten Hefte der „Grenzboten“ zu lesen sein wird, große Opferwilligkeit. Die Erhaltung der Privatschulen kostet viel Geld, aber man ist bereit, die Opfer zu bringen, um den Kindern die Erziehung zu geben, die zur Erhaltung des Deutschtums nötig ist. Dort droht der Feind nicht, dort ist er im Lande und regiert, und es ging doch, weil ein Wille herrschte. Wie wäre wohl die Befestigung des Ruhrgebiets ausgefallen, wenn man nach Paris gedrahtet hätte: „Aus allen Gebieten, die ihr besetzen wollt, ziehen wir die öffentlichen und technischen Beamten und Angestellten zurück?“

Ein solch' entschlossener Wille zur nationalen Selbständigkeit muß uns kommen, bevor uns Heil gebracht wird. Nun befinden sich gewiß auch diejenigen Kreise unseres Volkes, die die heutige Regierungsweise für die einzig mögliche halten, in dem guten Glauben, daß sie national handeln. Auch sie streben nach einer Volksgemeinschaft, und der Reichskanzler hat ja des öfteren betont, daß er

eine Verbreiterung der Regierungsbasis anstrebe. Aber er und seine Gefolgschaft gehen einen falschen Weg. Sie wollen die Regierung auf parteitaktischem Wege verbreitern und übersehen vollkommen, daß alle Parteien sich derartig in — für das Gesamtwohl eine untergeordnete Bedeutung spielende — Grundsätze verrannt haben, daß auf dem Wege des Kompromisses nur eine Kleisterarbeit entstehen kann. Eine der Not der Zeit und dem Wohle der Zukunft entsprechende Parole aber „Nationale Volksgemeinschaft“ kann (oder will?) der oberste Beamte des Reiches nicht ausgeben: einmal aus Angst vor der Entente, der zu Willen zu sein, er sich entschlossen zu haben scheint, und dann aus Furcht vor den Führern von Parteien, die die Partei über das Vaterland stellen. Die Arbeiterschaft Deutschlands würde einer solchen Parole in ihrer großen Mehrzahl Gehör schenken und sie würde ihre Führer zwingen, dieser Parole zu folgen. Die mannhaften Aussagen von Arbeitern im Hölz-Prozeß und der mißglückte Generalstreik in München beweisen, daß dem einzelnen Arbeiter Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes weit wichtiger sind als internationale Verbrüderungskongresse.

Parteien gibt es eigentlich nur im Reichstage; im Volke gibt es — wenn man die aus dem Rahmen der deutschen Volksgemeinschaft völlig herausfallenden Fremdlinge und Beförten außer Betracht läßt — eigentlich nur noch, wie Dr. Stadler im „Gewissen“ vom 11. Juni sagt, zwei Fronten. „Die zwei Fronten“, sagt er da*), „um die es sich handelt, lassen sich durch keinerlei Koalition der Mitte mehr verschleiern. Es ist die Front des deutschen Widerstandes gegenüber der Entente einerseits, die Front der slavischen Hingabe an die Entente andererseits. Hier die Konjunkturfront, die sich der Fallbewegung der deutschen Erschöpfungsrevolution anschließt. Dort die Willensfront, die sich der deutschen Erneuerungs- und Aufstiegsbewegung langsam entringt.“

Das erkennen aber nicht oder wollen nicht erkennen Männer vom Schläge eines Wirth und eines Rathenau. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es erheblich leichter und bequemer ist, slavische Erfüllung als Motto eines Regierungsprogramms zu wählen, als in passiver Resistenz eine deutsche Volksgemeinschaft zu schaffen. Für die erstere Aufgabe genügen mittelmäßige Naturen mit guter Handschrift und mathematischen Kenntnissen, für die letztere Aufgabe sind große, eigene Ideen, staatsmännisches Können und diplomatisches Geschick erforderlich. Das lernt man nicht im Dienste einer Partei, dazu bedarf es jahrelanger Eigenarbeit und Schulung.

Wir Deutschen leben in einer so bitter ernsten Zeit, daß wir uns den Luxus von Staatsmänner-Stellvertretern nicht leisten können, wir brauchen entschlossene, willensstarke und mutige Männer, die bereit sind für eine Idee, für eine deutsche Volksgemeinschaft zu kämpfen.

*) Gewissen, Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler. Nr. 24.

